

Antrag für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit am 11. Dezember 2023

Einstellung eines Volljuristen / einer Volljuristin bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven

Aufgrund der zunehmenden rechtlichen Anforderungen, die seitens der Ortspolizeibehörde beachtet und umgesetzt werden müssen, besteht die Notwendigkeit, im Bereich der Ortspolizeibehörde Bremerhaven die Stelle einer Volljuristin / eines Volljuristen zu schaffen, die im Rahmen der Zielzahlerhöhung auf 580 Vollzeitstellen über das Land Bremen zu finanzieren ist. Durch die Implementierung dieser Maßnahme wird sichergestellt, dass die Polizei in der Lage ist, den stetig wachsenden rechtlichen Anforderungen gerecht zu werden, die sich aus dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger Bremerhavens ergeben.

Die zunehmenden rechtlichen Herausforderungen erfordern eine stetige Weiterentwicklung der Fähigkeiten und Ressourcen, in deren Zusammenhang rechtliche Kenntnisse und effektive Beratung von entscheidender Bedeutung sind, um sicherzustellen, dass alle polizeilichen Maßnahmen im Einklang mit geltenden Gesetzen und Verordnungen stehen. Ein Volljurist bzw. eine Volljuristin würde das rechtliche Fachwissen innerhalb der Behörde erheblich stärken und könnte neben der rechtlichen Beratung dazu beitragen, Richtlinien und Verfahren (weiter-) zu entwickeln. Dadurch wird nicht nur die Qualität der polizeilichen Arbeit verbessert, sondern auch das Vertrauen der Gemeinschaft in die Integrität und Rechtmäßigkeit polizeilicher Maßnahmen gestärkt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit möge beschließen:

Der Dezernent wird aufgefordert, die Stelle einer Volljuristin / eines Volljuristen bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven in die Stellenplanberatung zur Umsetzung einzubringen.

Sönke Allers
Martina Kirschstein-Klingner
SPD-Fraktion

Thorsten Raschen
Astrid Milch
CDU-Fraktion

Prof. Dr. Hauke Hilz
Bernd Freemann
FDP-Fraktion